



Antrag

der Fraktionen CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, SPD und SSW

Demokratiebildung stärken

Der Landtag begrüßt das Vorhaben, das Verfassungsjahr 2019 zum „Jahr der politischen Bildung“ auszurufen. Die Entwicklung der letzten Jahre und auch der letzten Wochen geben zunehmenden Anlass zur Sorge um den an den Menschenrechten orientierten Konsens unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit, sondern muss immer wieder verteidigt und erstritten werden. Deshalb ist eine frühe politische Bildung aller Schülerinnen und Schüler für unsere Demokratie essentiell. Zentrale Punkte sollen hierbei die aktive Verteidigung der Demokratie, Freiheit, Toleranz, Menschenrechte und das friedliche Zusammenleben sein.

Der Landtag unterstützt die Idee der Landesregierung, die Schulen noch stärker dabei zu unterstützen. Dazu gehört es auch demokratiepädagogische Bildungsinhalte zu vermitteln, die Kooperation mit politischen Akteuren und regionalen Vereinen und Verbänden und die Beteiligung der Schülerinnen und Schüler an schulischen Entscheidungsprozessen zu intensivieren. In Anbetracht der geringen Wahlbeteiligung in den letzten Jahren ist es erforderlich mehr Begeisterung und Verantwortungsbewusstsein für demokratische Beteiligung in unserer Gesellschaft zu wecken.

In diesem Sinne bittet der Landtag die Landesregierung, ein Konzept zur nachhaltigen Demokratiebildung und verstärkten politischen Bildung an Schulen zu erstellen. Das Konzept sollte das Ziel verfolgen, die Bereitschaft zur politischen und gesellschaftlichen Beteiligung in unserer Demokratie zu stärken, Selbstvertrauen und Selbstreflexion unter den Schülerinnen und Schülern zu fördern sowie präventiv gegen autoritäre, herabwürdigende und gewaltbereite Weltanschauungen zu wirken.

Die kritische und historische Aufarbeitung der schleswig-holsteinischen Geschichte soll in enger Zusammenarbeit mit den Gedenkstätten und der Erinnerungskultur wichtiger Bestandteil des Konzepts zur Demokratiebildung an Schulen sein.

Ein wichtiger Ratgeber zur Erarbeitung von Unterrichtsmaterialien und -konzepten soll der Landesbeauftragte für politische Bildung sein. Auch darüber hinaus soll das Konzept unter Einbeziehung der Expertise und in Absprache mit dem Landesbeauftragten für politische Bildung entstehen.

Die Landesregierung wird zudem gebeten, einen Schulpreis zum Thema Verfassung und Demokratie zu vergeben, um das Thema Demokratiebildung nachhaltig im Schulalltag zu verankern.

Tobias Loose
und Fraktion

Lasse Petersdotter
und Fraktion

Annita Klahn
und Fraktion

Tobias von Pein
und Fraktion

Jette Waldinger-Thiering
und Fraktion